

**Stellungnahme des Bundesverbandes Deutscher Tabakpflanzer e.V.  
zu den Referentenentwürfen**

**Tabakerzeugnisgesetz und Tabakerzeugnisverordnung, 1. ÄndG und 1. ÄndV**

**des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft  
zur Umsetzung der Richtlinie 2014/40/EU**

Der Bundesverband Deutscher Tabakpflanzer e.V. hält seine grundsätzliche Kritik an der Richtlinie 2014/40/EU aufrecht und vertritt weiterhin die Position, dass die neue Tabakproduktrichtlinie (TPD) das Ziel einer sinnvollen, verhältnismäßigen und wissenschaftlich fundierten Regulierung der Tabakwirtschaft nicht erreicht. Ohne dass zu erwarten wäre, einen höheren Gesundheitsschutz, eine Verbesserung des Jugendschutzes oder ein besseres Funktionieren des EU-Binnenmarktes zu erreichen,

- bevormundet die TPD den Verbraucher in eklatanter Weise,
- greift die TPD massiv in die Rechte aller an der Wertschöpfungskette zur Herstellung und Vermarktung eines legalen Produktes Beteiligten ein,
- versetzt die TPD nicht zuletzt die hiesigen Erzeuger des Ursprungsprodukts Tabak in eine existenzgefährdende Lage.

Die vorgelegten Entwürfe des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft entsprechen nicht dem Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD vom 16. Dezember 2013. Um Mehrbelastungen für die deutsche Wirtschaft zu vermeiden, sollten demzufolge „EU-Vorgaben eins zu eins“ umgesetzt werden. Die vorgelegten Entwürfe gehen jedoch über eine 1:1-Umsetzung hinaus.

Gleichwohl begleiten wir als Bundesverband Deutscher Tabakpflanzer e.V. den Gesetzgebungsprozess zur Umsetzung der Richtlinie 2014/40/EU in nationales Recht konstruktiv und erlauben uns, auf kritische Punkte hinzuweisen.

Ein zentraler Kritikpunkt besteht in der unzureichenden Frist zur Produktionsumstellung bis zum 20. Mai 2016. Die Industrie kann objektiv in der vorgegebenen Zeit nicht umstellen.



Infolgedessen leiden die deutschen Tabakpflanzer derzeit unter einer starken Zurückhaltung der Industrie, zukünftig weiterhin hochwertigen und auch hochpreisigen deutschen Rohtabak einzukaufen, weil die derzeit im Raume stehende Fristenproblematik nicht gelöst ist.

Mangels Planungssicherheit und wegen des zu erwartenden Kostendrucks ist die Industrie derzeit nicht in der Lage, den deutschen Tabakpflanzern klare Perspektiven aufzuzeigen.

Vor dem Hintergrund eines zu erwartenden Aussterbens von Sonderkulturen wie Tabakanbau fordern wir nachdrücklich, bei der Umsetzung der TPD in nationales Recht eine praktikable Lösung der Fristenproblematik herbeizuführen. Denn nur so wird es den deutschen Tabakpflanzern und damit auch der deutschen Tabakindustrie möglich sein, dem legalen Markt Tabaksorten zur Verfügung zu stellen, die im Sinne eines Harm-Reduction-Ansatzes positiv zu bewerten sind.

Die deutschen Tabakpflanzer verfolgen eine mehrgleisige Strategie zu Verminderung der gesundheitlichen Gefahren, die von ihrem Ursprungsprodukt ausgehen: angefangen beim Saatgut mit eingelagerten Multiresistenzen über die Verringerung des Nikotingehalts und der Minimierung von tabakspezifischen Nitrosaminen bis hin zur Vermeidung von Pflanzenschutzmittelrückständen.

Der Bundesverband Deutscher Tabakpflanzer e.V. sieht die Existenz seiner Mitglieder massiv gefährdet und fordert daher, der Industrie bei der Umsetzung der Richtlinienvorgaben eine ausreichende Frist zur Produktionsumstellung einzuräumen.

Kontakt:

Bundesverband Deutscher Tabakpflanzer e.V.

Sven Plaeschke  
Geschäftsführer

Hauptstadtrepräsentanz Berlin  
Unter den Linden 42  
10117 Berlin

Telefon: 030 88 66 36 270  
Telefax: 0322 250 003 82

plaeschke@bundesverband-tabak.de  
www.bundesverband-tabak.de